

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Stefania 15 • Telefon: 20793, 31409 (Stahrbahnen): 20797 • Postfach: 57545

11. Jahrgang.

Mittwoch, 16. September 1931

Nr. 216.

Primer in Jugoslawien.

Belgrad, 15. September. Dr. Primer ist mit seiner Frau, seinem Sohn und mehreren Emigranten heute früh in Marburg eingetroffen und wurde von den jugoslawischen Behörden zur Weiterreise nach Laibach aufgefordert. Er dürfte bei Radkersburg die Grenze überschritten haben.

Dr. Primer hatte sich in einem Hotel in Marburg einquartiert, woraus er sich zu den Behörden begab, um eine Aufenthaltserlaubnis nachzusuchen. Er wurde jedoch an das Banat in Laibach verwiesen, wohin sich Dr. Primer sofort begab.

Die Wiener zuständigen Behörden wurden im Sinne informiert, daß Dr. Primer keine Aufenthaltserlaubnis in Jugoslawien erhalten, sondern an die italienische oder die ungarische Grenze gebracht werden wird.

Graz, 15. September. Ueber das Eintreffen von Dr. Primer in Marburg wird noch gemeldet: Gestern gegen 22 Uhr traf Dr. Primer in Marburg mit einem ordnungsmäßigen Paß mit seiner Frau ein. Zwei seiner Kinder hatte er bereits nach Marburg geschickt. Dr. Primer meldete sich heute früh beim Polizeikommissariat. Sein Bruder sagte u. a. beim Verhör, daß das Manifest Primers in seiner Druckerei in Judenburg hergestellt worden sei. Die Flüchtlinge haben bei der Polizei um die Aufenthaltserlaubnis nachgesucht. Dr. Primer wurde von der Banatsverwaltung aufgefordert, in Laibach die Frage seines Aufenthaltes in Jugoslawien zu regeln. Primer soll völlig gebrochen sein. Außer Primer und seiner Familie trafen auch noch zwei andere Heimwehrlente über Spielfeld in Marburg ein.

Wiederaufnahme der Marineverhandlungen

zwischen Frankreich und Italien?

Paris, 15. September. „Echo de Paris“ berichtet aus Genf, daß dortselbst die französisch-italienischen Marineverhandlungen, die bekanntlich vor mehreren Monaten unterbrochen wurden, wieder aufgenommen wurden. Die Hauptunterhändler des Londoner Paktes, der Franzose Ruffini und der Italiener Rossi, sollen in vollkommener Diskretion gegenüber der Öffentlichkeit in Unterhandlungen stehen. Der Berichterstatter des Blattes erzählt, daß Frankreich in gewissen Forderungen, derentwegen bekanntlich die Londoner Übereinkunft vom 1. März 1. J. geschworen war, nachgeben wolle. Frankreich würde beim Bau von U-Booten auf eine Tonnage von 30.000 Tonnen oder auf den Bau von neuen Kreuzern verzichten, die in den Jahren 1934 bis 1936 an Stelle der ausgearbeiteten Kreuzer mit einer Tonnage von 66.000 Tonnen hätten erbaut werden sollen.

Steigerung des deutschen Ausfuhrüberschusses.

Zusolge des Rückganges der Einfuhr.

Berlin, 15. September. (Eigenbericht.) Der deutsche Außenhandel ist auch im August sehr aktiv gewesen, und zwar überstieg die Ausfuhr die Einfuhr um 322 Millionen Mark gegen 254 Millionen im Juli. Die Steigerung des Ausfuhrüberschusses ist im wesentlichen auf den Rückgang der Einfuhr zurückzuführen. Der gesamte Umfang des deutschen Außenhandels nimmt ständig ab.

Nur auf Kosten der Lebenshaltung des deutschen Volkes ist dieser Exportüberschuß zu erzielen.

Außenkredit in Deutschland erschöpft.

Berlin, 15. September. Am Zusammenhang mit bevorstehenden deutsch-russischen Sachverständigenverhandlungen erfährt ein Nachrichtenbüro von unrichtiger Seite, daß die deutschen Geschäftsabschlüsse in Rußland bis jetzt eine Nullsumme erreicht, wenn nicht gar überschritten haben. Dadurch ist auch die Grenze der von Reich und Ländern zu übernehmenden Ausfallbürgschaft in der Höhe von 700 Millionen Mark erreicht. An zentraler Stelle wird ausdrücklich betont, daß es nicht die Absicht der deutschen Regierung sei, diese Grenze zu überschreiten, da bei der Verknappung des eigenen und des Weltmarktes die Russen wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden, weitere Kreditverpflichtungen einzugehen.

Verlängerung des Feierjahres?

Die amerikanische Bankwelt für ein mehrjähriges Moratorium.

London, 15. September. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Es deutet vieles darauf hin, daß in den nächsten Wochen, vielleicht schon in den nächsten Tagen, eine wichtige Entwicklung in der amerikanischen Politik eintreten wird, die in einer Ausdehnung der Periode des Hoover-Planes bestehen würde. Führende Bankiers der Vereinigten Staaten dringen darauf, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium für alle Kriegsschulden erklärt werde. Sie sind einstimmig der Meinung, daß die Ungewissheit der jetzigen Lage unberechenbaren Schaden anrichtet und daß die Beseitigung dieser Unsicherheit unbedingt notwendig ist. Sie beharren darauf, daß entsprechende Schritte getan werden, bevor der Kongreß zusammentritt.

Der Korrespondent fährt fort: Unzweifelhaft gibt es in der Regierung Männer, die mit ihnen einverstanden sind, aber es fehlt keineswegs fehl, daß Präsident Hoover überzeugt worden ist. Alles, was über seinen Standpunkt bekannt ist, zeigt, daß er nicht geneigt ist, einen Schritt der angegebenen Art zu tun, bevor der Kongreß seine Ansicht über das ursprüngliche Moratorium geäußert hat. Indessen nimmt der Druck, der auf ihn ausgeübt wird, zu, und die finanziellen Argumente werden noch durch das politische Argument verstärkt, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium den Hintergrund für eine Art deutsch-französische Annäherung bilden könnte, die endlich gewünscht wird. Der Korrespondent schließt: Präsident Hoover würde es vorziehen, noch für vielleicht sechs Monate zu warten, aber jedenfalls dürfte bald bekannt werden, ob er glaubt, daß eine solche Verzögerung möglich ist.

Washington, 15. September. Wie der im allgemeinen gut unterrichtete Korrespondent der „New York Evening Post“ meldet, haben die Mitglieder des Rates des Federal Reserve Board, die gestern abend zum Essen bei Präsident Hoover geladen waren, diesem im Verlaufe einer anschließenden langen Erörterung geraten, unverzüglich das einjährige Moratorium für Kriegsschulden und Reparationen in ein drei- bis fünfjähriges umzuwandeln.

Schatzkanzler Mellon ist für eine Ausdehnung des einjährigen Moratoriums für Kriegsschulden und Reparationen auf drei Jahre. Die Bankiers sollen dafür eingetreten sein, daß man die gegenwärtig unmobilitierten kurzfristigen deutschen Kredite, die sich auf 600 Millionen Dollars belaufen, in einzelne Gruppen einteile, damit sie von der Federal Reserve Bank revidiert werden könnten.

Bundeskanzler Buresch in Genf.

Er verspricht strenge Sparmassnahmen im Budget.

Genf, 15. September. Das Finanzkomitee nahm heute eine Darlegung des österreichischen Bundeskanzlers Buresch über die Lage in Oesterreich entgegen.

Der Bundeskanzler verwies auf die strengen Sparmassnahmen, die Oesterreich im Budget durchzuführen wolle, um in dieser Hinsicht den Kreditgebern alle Garantien zu geben. Der Bundeskanzler, der vom Finanzminister Dr. Redlich und dem ehemaligen Finanzminister

Dr. Fuch begleitet war, verwies in seinen Ausführungen auch darauf, daß die augenblickliche Unterdrückung des Heimwehrputschversuches von der Autorität des Staates zeuge, die aus diesem unüberlegten Beginnen gestärkt hervorgegangen ist.

Nachdem die österreichische Delegation die Sitzung verlassen hatte, setzte das Finanzkomitee seine Verhandlungen fort.

Für den Fortbestand der Europäischen Studienkommission.

Genf, 15. September. Der sechsten Kommission wurde von dem Plenum des Völkerbundes der Tätigkeitsbericht der Studienkommission für die Europa-Union zugewiesen, dessen Umfang einigen Delegationen allzu groß schien. Aus einer früheren Kundgebung des Vorsitzenden Motta und anderer Delegierter war das Bestreben nach Auflösung der Studienkommission zu entnehmen. Deshalb wurden die heutigen Beratungen der sechsten Kommission mit großem Interesse verfolgt, um so mehr als die Mehrzahl der Delegationen durch ihre Chefs vertreten waren.

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius erklärte, er könne dem Antrage, die Kommission zu liquidieren, nicht bestimmen, im Gegenteil empfiehlt er, ihr Mandat zu verlängern. Die Zusammenarbeit der außereuropäischen Staaten ist dadurch gegeben und ermöglicht, daß sie Anträge unterbreiten und in der Völkerbundsversammlung die Arbeiten der Europäischen Studienkommission einer Kritik unterwerfen können. Was den Sowjetvorschlag eines Paktes der Wirtschaftspazifizierung betrifft, empfiehlt Dr. Curtius einen Ausschuss, dem auch außereuropäische Experten zugezogen werden sollen.

Der französische Außenminister Briand erinnerte zunächst daran, daß er der Vater des Gedankens der Studienkommission sei. Er sei der Ansicht, es könne keine Rede davon sein, die Kommission aufzuheben. Eher handele es sich darum, ihre Arbeitsmethode zu prüfen. Briand läßt also „sein Kind“ nicht fallen, er anerkennt die von ihm dem Völkerbunde geleisteten Dienste und empfiehlt, daß der Kommission ihr Mandat verlängert werde. In diesem Sinne unterbreitet er einen Resolutionsantrag.

Auch der tschechoslowakische Delegierte, Minister Dr. Benek, unterstützte den Antrag, daß die Studienkommission ihre Arbeiten fort-

setze und daß der Völkerbundsversammlung eine entsprechende Resolution betreffend die Verlängerung des Mandates der Studienkommission unterbreitet werde.

Der Vorsitzende resümierte sodann die Debatte in dem Sinne, daß der europäische Studienauschuss vor allem seinen Studiencharakter wahren soll und daß es notwendig sei, daß er Hand in Hand mit den Organisationen des Völkerbundes vorgehe und Fragen nur dann speziellen Unterkommissionen zuweise, wenn dies unumgänglich notwendig ist.

Dem Redaktionsauschuss, der für die Völkerbundsversammlung eine Empfehlung vorbereitet, gehört auch Dr. Benek an.

Die Rüstungsdaten nur schwer erhältlich.

Genf, 15. September. Die Zeit, bis zu der noch einem Beschluß des Völkerbundsrates die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Staaten die Angaben über ihren Rüstungsstand einreichen sollten, ist heute abgelaufen. Von den mehr als 50 eingeladenen Staaten haben bis jetzt lediglich 15 Staaten die erbetenen Angaben geliefert.

Polnische Vorbehalte.

Warschau, 15. September. Nach einer Meldung aus Weiz hat die polnische Delegation am heutigen Tage dem Völkerbundssekretariate einen Ausweis über die polnischen Rüstungen vorgelegt. In dem polnischen Memorandum für die bevorstehende Abrüstungskonferenz wiederholt die polnische Regierung neuerdings den Wunsch, daß alle Mitglieder der Abrüstungskonferenz in gleicher Weise zu verlässlichen Nachrichten über den jeweiligen Stand der Rüstungen verpflichtet werden, damit die gesamte Öffentlichkeit über den Stand der Abrüstung in allen Staaten informiert sei.

Bauernretter.

Es ist die alte Geschichte. Die politischen Parteien der Agrarier, deutsche wie tschechische, lassen auch bei diesen Gemeindevahlen alle Mienen der Demagogie springen. Sie haecen nicht den Mut und die Ehrlichkeit, ihren Anhängern gegenüber die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft als eine Folge der Weltwirtschaftskrise, als im innigsten Zusammenhang mit der Industriekrise stehend und damit als den Bankrott ihrer engstirnigen, egoistischen Politik einzubekennen, viel bequemer erwidern ihnen, an die leider noch weit verbreitete Beschränktheit zu appellieren und — die Sozialdemokraten als die Urheber alles Unheils hinzustellen. Alles wäre recht und gut, wenn die agrarischen Parteien bei ihrer Arbeit für die Rettung der Bauern tun und lassen könnten, was sie wollten, woran sie von den bösen Sozialdemokraten gehindert wurden. Daher richten sie ihre Kanonade fast ausschließlich gegen die sozialdemokratischen Parteien, die sie dezimieren und vor allem aus der Regierung verdrängen möchten. Wenn dann anstatt der deutschen Sozialdemokraten die deutschen Christlichsozialen in der Regierung säßen, dann ginge es dem kleinen Landwirt wohl nicht besser, aber die Großen könnten dann auf Kosten der Allgemeinheit noch manchen fetten Brocken für sich herausheben und den arbeitenden Menschen die Daumenschrauben fester ansetzen. Wie zu den Zeiten des seligen Bürgerbods. Um die Wachsamkeit gewisser Wählerfähichten einzuschläfern, möchten sie diese glauben machen, die Gemeindevahlen seien rein örtliche Angelegenheiten und hätten mit der Politik nichts zu tun, gleichzeitig aber — die Demagogie hat eben kurze Beine — warnen sie die Wähler auf das eindringlichste davor, den Sozialdemokraten ein Vertrauensvotum bei der Wahl auszustellen und keine einzige der agrarischen Wahlreden beschränkt sich auf die Erörterung lokaler, kommunalpolitischer Angelegenheiten, sie verateten vielmehr mit dankenswerter Offenheit, wie die agrarischen Parteien als die Avantgarde der Reaktion nach der heizersehnten Niederlage der Sozialdemokraten die Dinge im Staate einrichten möchten.

Die Richtung, in welcher sich die Wünsche der politischen Agrarier bewegen und deren Erfüllung sie von einem neuen Bürgerbod erwarten, ist klar erkennbar. Die sozialpolitischen Ertrungenschaften der Nachkriegszeit sollen vernichtet, zumindest abgebaut werden. Das sieht wohl nicht direkt in ihrem Gemeindevahlprogramm, aber das Hauptorgan des Bundes der Landwirte hat es gerade jetzt für angezeigt gefunden, vorläufig für Deutschland „gewisse soziale Neuerungen der Nachkriegszeit“ als mit „den tatsächlichen Wirtschaftsverhältnissen der Gegenwart nicht vereinbar“ zu erklären und ihre Beseitigung gutzuheißen. Wir möchten wissen, wann die agrarischen Parteien jemals eine sozialpolitische Maßnahme als „mit den Wirtschaftsverhältnissen vereinbar“ anerkannt hätten! Für sie war der Arbeiter stets nur ein Delot, der seine Arbeitskraft um ein paar Heller herzugeben hat und der selber zusehen möge, wie er im Falle der Arbeitslosigkeit, im Alter, im Krankheitsfalle und bei einem Unfälle zurechtkommt. Selbstverständlich möchte das deutsch-agrarische Blatt die Zerstörung der Sozialpolitik nicht bloß auf Deutschland beschränkt sehen. Würden die Wähler selbstvergessen genug sein, bei den Gemeindevahlen die Parteien der Agrarier, die vollständig unter dem Diktat der Restgutbarone und der Reichen auf dem Lande stehen, zu stärken und damit ihren ohnehin überzogen politischen Einfluß zu vermehren, der sich schon jetzt auf das verhängnisvollste ausgewirkt hat, sie würden bald sehen, was das für sie, für ihre Familie und ihre Lebenshaltung bedeutet! Ob durch eine solche Art von Bauernretterei, das ist durch die sozialpolitische Schutzlosigkeit der Arbeiter die Landwirtschaftskrise gebannt und die Lage der

Masse der kleinen Landwirte durch noch größeres Elend des städtischen Proletariats gebessert werden würde, ist freilich mehr als fraglich.

Nicht nur auf die Debasierung des Arbeiterlohnes haben es die Herren vom Bunde der Landwirte abgesehen, auch die politischen Rechte der Arbeiter sollen daran glauben. Der satfam bekannte Abgeordnete Windisch, der als Inkarnation reaktionären agrarischen Geistes die besondere Befähigung besitzt, Dolmetsch der landbündlerischen Wünsche zu sein, hat es auf einer Tagung seiner Partei klar ausgesprochen: das Gemeindegewaltrecht soll an die Bezahlung von Gemeindeumlagen gebunden werden. Das heißt, alle, die nicht direkte Steuern zahlen und die bloß durch ihrer Hände Arbeit dazu beitragen, daß die Anderen die Steuern auf das Steueramt tragen, sollen ihres Mitbestimmungsrechtes in den Gemeinden beraubt werden.

Mancher mag der Ansicht sein, daß die soziale und politische Versklavung der Arbeiterschaft, wie sie von den politischen Agrariern angestrebt wird, vorläufig ein frommer Drogenwunsch bleibt, doch einer der agrarischen Forderungen wird niemand ihre Aktualität und ihre unmittelbare Gefährlichkeit absprechen, das ist ihrem Verlangen nach Befreiung des Mieterschutzes. Nur ihre unheilvolle Macht im Staate zu vermehren, angeln die tschechischen Agrarier seit einiger Zeit auch nach städtischen Stimmen und sie geben vor, neben der Rettung der Bauern auch jene der Städte zu betreiben. Selbstverständlich nicht aller Städter, nur der hausbesitzenden, denn erst bei jenen, die es durch gute Wahl ihrer Eltern oder durch sonstige glückliche Umstände zum Besitz eines Hauses gebracht haben, fängt für die Partei der Restiguarbarone der Mensch an. Eine beispiellose Kreise wütet im Lande, Hunderttausende suchen vergeblich nach Arbeit und Millionen können kaum notdürftig ihren Hunger stillen, aber die tschechischen Agrarier und in ihrer Gefolgschaft die deutschen Landbändler machen wütende Angriffe gegen die Reste des Mieterschutzes, halten es in ihrer Sabotage und Borniertheit für das Zeitgemäße, zu fordern, daß gerade jetzt in der Zeit der bittersten Not, da wir vor einem schredensvollen Winter stehen, den armen Menschen das Wohnen verteuert werde in einem Maße, die viele direkt obdachlos machen würde. Das ist ein Angriff auf das nackte Leben und ver-

geblich werden die Agrarier zu seiner Rechtfertigung irgendwelche Interessen der Bauern geltend machen können. Die große Masse der Landwirte hätte vom Gelingen dieses herzlosen Planes nicht den mindesten Vorteil, vielmehr dagegen Nachteil, denn jede Verteuerung des Wohnens der städtischen Bevölkerung hätte nur deren verringerte Kaufkraft zur Folge und sie wäre noch weniger als jetzt in der Lage, landwirtschaftliche Produkte in ausreichendem Maße zu konsumieren. Daß sich die Agrarier auf diese Forderung versteifen, obwohl sie mit der Förderung bäuerlicher Interessen nicht das allermindeste zu tun hat, dafür ist die Begründung lediglich im schäblichsten Mandats-hunger zu suchen. Um einiger tausend Hausbesitzerstimmen schlagen die Bauernretter ebenso alle menschlichen Erwägungen in den

Wind, wie sie auch bedenkenlos die wirklichen Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung preisgeben!

Es geht um vieles und lebenswichtiges für die arbeitenden Menschen bei diesen Wahlen! Und nicht grundlos richten sich die Angriffe aller arbeitereindlichen Parteien konzentriert auf die Sozialdemokratie. Alle in auf sie! Daran mögen die Arbeiter in Stadt und Land erkennen, wen die Besitzenden am meisten fürchten, wen sie in seinem Einfluß schädigen wollen, um ihre Absichten verwirklichen zu können. Umso zäher und leidenschaftlicher heißt es zu der Partei zu stehen und für sie zu kämpfen, an der allein die volksfeindlichen Pläne der als Bauernretter verkleideten Reaktionäre und aller ihrer Hilsstruppen zerfallen können!

Die Bürgerlichen und der Heimwehputz:

Ehe der Hahn zweimal gekräht hat, haben sie alle den Hahenschwanz verraten!

Wenn man Montag und Dienstag die bürgerlichen Zeitungen Oesterreichs wie auch die unserer sudetendeutschen Bürgerpartei las, so mußte man glauben, daß die grünen, schwarzen und gelben Herrschaften, daß Nazi, Agrarier und Merkale seit eh und je die geschworenen Feinde des Heimwehtrummels gewesen seien. Die „Vollsbewegung“ von einst wird nun als „Wohnsinn“ und „Verbrechen“ bezeichnet, man spottet oder schimpft, fällt harte Urteile und wer nicht jahrelang gelesen hätte, wie die Heimwehren in denselben Blättern verherrlicht, verteidigt und als Retter des Vaterlandes begrüßt wurden, der könnte wirklich glauben, daß die Krebs- und Silgenzeiner, die Spina und Horvathka niemals in ihrem Leben den Starhemberg ernst genommen oder dem Pfrimer den besten Erfolg gewünscht hätten.

Die ganze schäbige Gesinnung dieses Bürgerzums, die Charakterlosigkeit seiner Parteien und seiner Presse wird offenbar, wenn man diese Wendung durch Gottes Fügung, diese Schwenkung um 180 Grad, diesen Ueberlauf mit steigenden Fahnen, schwarz auf weiß feststellen kann. Die Christlichsozialen haben die Heimwehren doch an ihrem keuschen Busen großgezogen, der Herr Seipel hat sich dessen gerühmt, daß er sie mit den Geldern der (zwischen an ihnen verkrachten) Banken und der Industriellen angepöppelt hat, der jetzige Minister Baugoin hat noch vor einem Jahr der Regierung vorgelesen, in der Starhemberg Innenminister war, er hat die Laubbüchereien dieses samosen „Ministers“ gedehnt und den Rechtsbruch gebildet, den Starhemberg sich durch den Diebstahl von Waffen des Schutzbundes leistete. Die „Deutsche Presse“ der Herren Silgenzeiner und Mahr-Harting hat gegen unsere Presse vor nicht allzulanger Zeit einen Prozeß geführt, weil wir sie, und zwar mit gutem Grunde und vollem Recht, in ihrer Parteimahne für die Heimwehren der Umkehrheit gesehen hätten. Die Deutschnationalen haben vor Jahr und Tag den „Heimwehputz“ besungen, der in die Straßen des roten Wien fegen und den Marxismus hinwegblasen würde. Die Nazi gar haben doch jahrelang in den Heimwehren ihr eigen Fleisch und Blut gesehen und sind erst von ihnen abgerückt, als sich die nationalsozialistische Konkurrenzpartei in Oesterreich von den Heimwehren bedroht fühlte. Immer aber haben die Nazi die

Ziele der Heimwehr gutgeheißen, ihre Methoden aus vollen Herzen gebilligt und der Starhemberg, der doch die hohe Schule Adolfs des Trommlers besucht hat, erschien ihnen als „Rührer“ ohne Fehl und Tadel. Nun wenden auch sie sich entristet von den „Abenteurer“, von der „Putschromantik“ (als ob Adolf niemals gepöppelt hätte) und spielen sich auf die verfassungstreuen Demokraten auf. Unter dem Eindruck der österreichischen Blamage des Fasizismus hält es der „Tag“ für angebracht, das Legalitätsbekenntnis des Herrn Krebs, abgelagt in einer Wählerversammlung in Tümmig („Wir haben es nicht nötig, mit illegalen Mitteln zu kämpfen“) in großer Aufmerksamkeit zu bringen. Sie alle ziehen jetzt den Trennungstrich, beklagen das arme Oesterreich und verdammten die wahnsinnigen Putschisten.

Man lasse sich durch dieses Pharisäertum nur ja nicht irreführen. Die armseligen Heimwehbrüder waren doch nur Puppen in der Hand der Industriellen, Bankiers, Bischöfe und bürgerlichen Politiker. Der ganze Verlauf des Putsch zeigt, wie gleichgültig den Männern von der „Vollsbewegung“ im Grunde der Spatz war. Sie erfüllten ihren Auftrag, setzten sich mit dem Solde zum Bier oder Wein und als die Gendarmen kamen, zogen sie Leine. Hätten das Kapital sie nicht befolgt und uniformiert, hätten Deutschnationalen und Merkale sie nicht aufgepöppelt, sie wären nie dasugekommen, ihren verbrecherischen Wahnsinn in Taten umzusetzen. Will man Gefahren vermeiden, wie sie der Heimwehfasizismus seit Jahren über Oesterreich heraufbeschwört, dann muß man die Sünterländer des Fasizismus treffen!

Hätte Pfrimer Glück gehabt, wäre der Putsch gelungen, dann würden die Nazi, die Merkale, die Krebs und Jung und Mahr-Harting ihn als den großen Mann, den Better Russolinitis und Hitlers feiern. Da es schief ging, kennen sie ihn nicht mehr. Die Hahenschwänze, die ihnen eben noch ein Symbol ihrer eigenen Wünsche waren, werden zum Narrenschmuck und der Patriotismus zum „Wohnsinn“. Wer zu diesem Bürgerzume, zu diesen Parteien Vertrauen hat, der gebe ihnen seine Stimme; sie werden auch bei uns Mittel und Wege finden, Anordnung, Korruption, Gewalt und was der Fasizismus sonst an Sauerereien anrichtet, zur Grundlage des öffentlichen Lebens zu machen!

Der österreichische Jammer und seine Ursachen.

Während sich die Christlichsozialen jetzt, um die Genfer Anleihe zu retten und nicht ihre Parteifreunde auf dem Altar der Gläubiger Oesterreichs opfern zu müssen, den Ansehen strengster Legalität und des nobelsten Antifasizismus geben, zeigt der Verlauf des Putschs sehr deutlich, wer die Hauptschuld an dem Elend der österreichischen Jammerstaatlichkeit trägt. In Steiermark haben Gerichte, Behörden und Gendarmerie unter dem Protektorate des christlichsozialen Landeshauptmanns Kintelen den Heimwehputz vorbereitet helfen. Er wäre, hätte Herr Kintelen sich so verfassungstreu und anständig benommen wie der oberösterreichische Landeshauptmann Schlegl, wahrscheinlich nie ausgebrochen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel vom Dienstag über die Zustände in Steiermark:

„Wenn sich selbst einige Richter am Sonntag nicht als Richter, sondern als Funktionäre der Parteiorganisation benommen haben, was kann man dann von den Offizieren der steirischen Gendarmerie und von den politischen Beamten der steirischen Bezirkshauptmannschaften erwarten?“

Die Eigenart der steirischen Gendarmerie ist seit mehr als zehn Jahren bekannt. Die Namen Peinlich, Zellburg, Meißner sind in den Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten hundertmal genannt worden. Das Grazer Gendarmerielommando hat schon 1919 die verächtlichsten Beziehungen zu der monarchistischen Verjährung, die sich damals in Wienberg wieder gelassen hatte, unterhalten. Es stand während der Bürgerlandkämpfe in freundschaftlichster Beziehung zu den Hortio-Banditen, mit denen die Republik im Kampf stand. Unter seinen Augen sind die falschen Banknoten in Weizendorf gedruckt worden. Als dann die Heimwehzeit begann, haben sich sofort die allerengsten Beziehungen zwischen dem Grazer Gendarmerielommando und der Heimwehführung entwickelt. Im Jahre 1927 hat der Grazer Gendarmerielommandant Peinlich den steirischen Heimatschutz Pfrimer — dieselbe Organisation, die am Sonntag den Putsch unternommen hat! — durch einen Erlaß für eine öffentliche Sicherheitsanstellung erklärt; auf Grund dieses Erlasses sind dann Heimatschutz, die angeklagt waren, weil sie Arbeiter gewaltsam festgenommen und entführt hatten, von steirischen Gerichten freigesprochen worden, weil der Heimatschutz nach dem Peinlich-Erlaß eine öffentliche Sicherheitsanstellung sei und seine Mitglieder daher berechtigt seien, Verhaftungen vorzunehmen! Dieser Erlaß ist auch jetzt noch nicht aufgehoben! Als immer häufiger im Parlament darüber Bekörwende geführt wurde, daß die führenden Männer der steirischen Gendarmerie mit der Heimwehleitung eng verflochten sind, an Schließungen der Heimweh teilnehmen, Heimwehgewaffen vermahnen, hat das Ministerium des Innern einigmal versucht, die skandalösesten Missetände bei der steirischen Gendarmerie abzustellen. Es war alles umsonst. Kintelen hieß über die Gendarmerieoffiziere schützend seine Hände. Die Pfrimer haben sich Sonntag gezeigt. Dieser Putsch war seit Tagen vorbereitet; die steirische Gendarmerie hat nichts davon gemerkt. Sie hat, als er schon ausgebrochen war, erschauend fast seinen Ausbruch der Regierung gemeldet. Sie hat sich in einigen Orten Stundenlang auch gegen sehr schwache Heimwehkräfte, die Bürgermeister absehen und Gemeindeväter besetzen, ganz passiv

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Der Baumwollsturz ist aufs günstigste beeinflusst.

Die Oktobernacht schrie mit feurigen Jungen. Aus der trostlosen Herbstschwärze tauchten Flammen auf, rote, blaue, gelbe, grüne. Sie zuckten über den dunklen Himmel, sie schossen von hohen Gebäuden empor, liefen flackernd Häuserfronten entlang. Und veränderten mit stummem Brüllen Weisheit und Prophezeiung unserer Tage:

„Weinbrand ein Feindbrand!“
„Versil bleibt Versil!“
„Luz Seifenfäden sind das Beste!“
„Die besten Gesetze auf!“
„Die elegante Dame kauft nur bei Tromm und Hart.“
„Der vornehmste Herr kauft seine Wintergarderobe bei Kramer und Blauer.“
Sie baten und beschworen:
„Bürger sparet zur rechten Zeit, Kassanische Bank!“
„Geben Sie in der Jugend der Gefahren des Alters, Madame Veras Schönheitsalon!“
„Vergessen Sie nicht, Peter Pan Zigaretten sind die besten!“
„Was verleiht der schönen Frau noch größere Schönheit? Diamanten, Perlen, Rubine, Edelsteine aller Art, Schmidt und Sohn!“
Und dann, bescheiden, um die Menschen, denen nach dem Einkauf all dieser unbedingt not-

wendigen Dinge noch ein paar überschüssige Mark in der Tasche geblieben waren, an eine langweilige Pflicht zu mahnen:

„Wedenk! der Erwerbslosenfürsorge.“
Peter Brenn stellte das Glas Kognak auf den Kaffeebaustisch zurück und blickte durchs Fenster.
„Paß auf“, sagte er zu seinen beiden Gefährten. „Jetzt reißt die Nacht ihr Riesenmantel auf und schreit für mich.“
An der gegenüber gelegenen Hausfront waren für einen Augenblick die leuchtenden Buchstaben erloschen. Nun flammten sie von neuem auf, grellblau, zitternd, und fragten mit mütterlicher Besorgtheit:
„Hat Ihnen der Tag Enttäuschungen gebracht? Leiden Sie unter einem Kummer? Drücken Sie finanzielle Mißerfolge? Können Sie auch des Nachts im Traum das Elend des Lebens nicht vergessen? Dann kommen Sie zu mir! Ich werde Ihre Träume lenken. Die Nacht wird Ihnen geben, was der Tag versagt. Gehäckt und ermutigt durch glückliche Träume werden Sie am folgenden Tag an die Arbeit zurückkehren und Erfolg erringen. Schöne Träume garantiere! Ihnen Peter Brenn, Kaiserstraße 7. Sprechstunden von 5-10. Preis nach Vereinbarung. Kommt alle zu mir, die Ihr mühselig und beladen seid.“
Hans Bauer schüttelte mißbilligend den blonden Kopf, und seine guten blauen Augen blickten bekümmert drein:
„Dieser letzte Satz, Peter, ist eine Blasphemie!“
Peter lachte spöttisch:
„Weshalb?“
Hans wurde ein wenig verwirrt.

„Weil, nun ja, schließlich hat doch ein... ein Größerer diese Worte gesprochen und...“
Dr. Albert Baer unterbrach ihn:
„Du bist ein Narr, Peter. Glaubst du wirklich, daß die Leute auf diesen Schwindel hereinfallen?“
„Es gibt keinen Schwindel, auf den die Leute nicht hereinfallen. Außerdem ist es keiner; du weißt doch, daß ich wirklich die Träume der Menschen beeinflussen kann.“
„Nur der Schwächlinge, Peter.“
„Es gibt nur Schwächlinge“, entgegnete Peter ungeduldig. „Alle Menschen haben eine verwundbare Stelle, und an der sind sie zu...“
„Und du glaubst wirklich, daß sie für einen solchen Wahnwitz Geld ausgeben werden?“
Peter lachte.
„Wetten, Albert, daß schon morgen Kunden, Patienten, wie immer du sie nennen willst, in meinem Wartezimmer sitzen werden?“
Dr. Albert Baer suchte die Achseln. Er kannte die Leichtgläubigkeit der Menschen und lachte darüber. Seinen übermütigen braunen Augen war anzumerken, daß er über die meisten Dinge im Leben lachte.
Hans Bauer trank seine Orangeade aus und fragte etwas schüchtern:
„Zeit wann besitzt du die Fähigkeit, Träume zu beeinflussen, Peter?“
„Zeit meinem achtzehnten Jahr“, erwiderte Peter kurz. Das spöttische Lächeln war von seinem Gesicht verschwunden, ein Schatten lag auf seinen Jüden, die grauen Augen mit den dunklen Pupillen blickten hart, als sähen sie etwas in weiter Ferne. Peter Brenn dachte an die Zeit zurück, da er zum ersten Mal seine seltsame Fähigkeit erprobt hatte.
Die Flammenzungen der Nacht verschwanden vor seinen Augen. Herbstnebel brodelte über trostlose, schlaftrübte Strahlen, durch

die traurige Menschen schritten. Er selbst, ein achtzehnjähriger, magerer, unterernährter, hoch aufgeschossener Bursche, stand im dunklen Flur der kleinen Wohnung und sprach flüsternd mit dem alten Dr. Heinrich Baer, dem Vater seines Schulkameraden und besten Freundes.
„Mit deinem Vater kann ich nicht reden, Peter“, sagte der freundliche alte Mann, der ist toll vor Patriotismus, ein echter Gymnasialprofessor. Aber die muß ich die Wahrheit sagen: wenn wir deiner Mutter nicht ein paar ruhige Nächte verschaffen können, wird sie den Verstand verlieren.“ Der alte Mann stockte, schluckte ein paar Mal heftig, sagte dann mit nicht ganz fester Stimme. „Es ist ja begreiflich; das Wunder ist vielmehr, daß wir nicht alle vor Brauen den Verstand verlieren, dieser verfluchte Krieg.“
Und Peter Brenn sah die Rutter vor sich, wie sie tagsüber durch die Wohnung huschte, ein kleiner grauer Schatten, selbst das schwarze Trauerkleid schien grau, grau war das Schüttere, zu einem festen Knoten gewundene Haar im Nacken, grau waren die mageren, abgearbeiteten Hände, grau und tot war das schmale Gesicht mit den farblosen, fest zusammengepreßten Lippen. Nur die blauen Augen lebten in dem toten Gesicht, sie glühten feurig und schrien: „Mein Kind, mein kleiner Kurt, was hast du ihm getan? Meinem schönen starken, gesunden Jungen. Eine Granate hat ihn zerfetzt. Mein Kind, mein Kind!“
Tagsüber schwieg die kleine graue Frau. Aber nachts, wenn alles schlief und der Schlaf sie ihrer Willenskraft beraubte, brach ihr Jammer aus. Nacht um Nacht fuhr Peter schauernd aus dem Schlaf, aufgeschreckt von dem Schrei, der vom Schlafzimmer der Eltern zu ihm herüberdrang, dem Brüllen eines wilden Tierweibchens, vor dessen Augen sein Junges gestört wird.
(Fortsetzung folgt.)

verhalten. In einigen Orten, so in Johansdorf und Marzitz, haben Gendarmeriebeamte bei der hochverräterischen Befragung der Arbeiter aktiv Mithilfe geleistet! Die Gendarmerie hat selbst am Abend, als der Putz zusammengebrochen war, die Putzschichten mit ihren Waffen abziehen lassen und sie dabei gegen die erbitterten Arbeiter geschützt. Sind wir ein Staat? Heißt das ein Staat?

Auch was von den österreichischen Gendarmerieoffizieren gilt, das gilt auch von den politischen Beamten der Bezirkshauptmannschaften. Es wimmelt bei den österreichischen Bezirkshauptmannschaften von Beamten, die tätige Mitglieder der sozialistisch-putschistischen Organisation des Herrn Pfarrer sind. Auch das hat sich am Sonntag schon bewährt! Die „Besetzung“ der Bezirkshauptmannschaften spielte sich in einigen Orten sehr gemütlich ab. Der Kamerad Bezirkshauptmann ließ den Kameraden, der in Pfarrers Namen die Hauptmannschaft in Besitz nahm, herzlich willkommen und beide antworteten dann gemeinsam. Die Kameradschaft wurde dadurch so wenig gestört, daß noch am Montag, nach der Wiederkehrung des Puffes, der Bezirkshauptmann von Brud mit dem Kameraden, der ihn einen Tag früher „abgesetzt“ hatte, in der Kameradschaftlichen Weise verkehrte konnte. Sind wir ein Staat? Heißt das ein Staat?

Was ein Nazi unter sachlichem Kampf versteht.

Der Herr Bürgermeister Schubert von Zümel, Führer der hakenkreuzlerischen Kommunalpolitiker — mit welchem Erfolg, konnten wir kürzlich in einem der „Freien Gemeinde“ entnommenen Artikel feststellen — läßt sich über die grundsätzliche Bedeutung des Wahlkampfes aus. In seinem Artikel legt er folgendes Bekenntnis ab:

Wir haben den Wahlkampf wohl mit aller Schärfe, doch mit der größten Sachlichkeit zu führen und müssen hierbei bedenken, daß die Gegner der Wahlkraft doch die Mitarbeiter in den Gemeindefestungen sind, da ja nicht überall die Parteidiktatur herrscht.

Wir werden den Kampf um Grundstücke jüdenidentischer Gemeindepolitik zu führen wissen, frei von persönlichen Verleumdungen und kindischen Klagen.

Wie er sich diesen sachlichen Kampf ohne Verleumdungen in der Praxis vorstellt, ist aus demselben Artikel zu ersehen. Man verlesse es an den folgenden Beispielen:

In gutes Deutsch überlegt heißt das, daß wieder Räbel des Unrates, der Verleumdung, des Hasses und der Lüge über uns ausgeschüttet werden und daß nicht der Politiker den Kampf führen wird, sondern der literarische Jude, das gemeine Spürnas, das alles zusammenzutragen hat, was gegen uns gesagt, geschrieben und vor allem gedruckt worden ist.

Das heißt aber auch, daß die Sozialdemokraten sich in der Rolle der Verteidigung nicht wohl fühlen. Gewiß tragen die Herren von der roten Couleur nicht allein die Verantwortung für alle Lata und Misslata der Regierung, gewiß sind sie auch nur ein Teil der Koalitionsregierung. Da sie aber an der reichsbesten Regierungstafel teilhaben und alle Vorteile einer Regierungspartei genießen, müssen sie auch alle aus überreichlichem Genuß entstehenden Beschwerden auf sich nehmen und müssen dem Blinkfeuer oppositioneller Kritik standhalten.

Wenn Genosse Kolb aus Jägerndorf, auf einer sozialdemokratischen Gemeindevortragsveranstaltung die Frage anwirft, was denn wäre, wenn kein Sozialdemokrat für den Minister wäre, so kann ihm darauf ruhig geantwortet werden, daß dann gerade die rote Regierungsmaschine alles in Grund und Boden verdammen und als Bettelstuppen brandmarken würde, was sie heute aus Zerkelung und Parteidisziplin heraus gegen besseres Wissen loben muß.

Ueber die Gemeindefinanz-Novelle: Wir stoßen aber auch auf die derzeitigen Regierungsparteien, die diesen entwürdigenden Zustand nicht gebessert, eher verschlechtert haben und die sich hergeben, nunmehr auch die wenigen Rechte der Ortsschulräte anzutasten und zu beseitigen.

Das ist weder neu, noch sachlich, noch grundsätzlich, noch wahr. Derselbe Sachlichkeit sind wir von Krebs und Karg seit Jahren gewohnt. Die erklären ja auch alles, was gegen sie vorgebracht wird, als jüdische Erfindung und Lüge, nehmen Gegenargumente nicht zur Kenntnis und genieren sich so wenig wie der Herr Schubert von „reichsbesten Regierungstafeln“, „Bettelstuppen“, „Spürnas“ und ähnlichem zu sprechen, oder Erfolge der sozialdemokratischen Politik wie die Gemeindefinanz-Novelle, die, wenn aus keinem anderen Grunde, so aus der einfachen Erwägung, daß 90 Prozent Zuschläge der Gemeinde mehr einkringen als 90 Prozent, einen Erfolg darstellt, mit fühner Stirn als Verschlechterung zu bezeichnen.

Ein Dementi.

Jugoslawische Regierung bei der tschechoslowakische Wälder brachten die Nachricht, daß die jugoslawische Regierung bei der tschechoslowakischen Regierung um ein Moratorium für tschechoslowakische Guthaben in Jugoslawien angefragt habe. Das jugoslawische amtliche Nachrichtenbüro ist ermächtigt, diese vollständig erdachte Nachricht auf das entschiedenste zu dementieren.

Die Gewerkschaften rufen: Wählt sozialdemokratisch!

An die gewerkschaftlich organisierte Wählerchaft!

Die gemeinsame Landeszentrale hat folgenden Aufruf erlassen:

Für den 27. September 1931 sind wiederum Wahlen in die Selbstverwaltungskörper in den meisten Gemeinden ausgeschieden. Durch diese Wahlen ist die Bevölkerung wiederum einen wichtigen Akt ihrer staatsbürgerlichen Rechte aus, indem sie über ihre Selbstverwaltung entscheidet.

Die Gemeinde ist unstrittig die Grundlage der öffentlichen Verwaltung.

Von der Zusammensetzung der Gemeindeverwaltung, von ihrem Geiste hängt die Entwicklung der Gemeinde und die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung ab. Der Gemeindeverwaltung ist das Gemeindegut anvertraut. Die Gemeindevertretung, der Gemeindevorstand oder der Stadtrat entscheidet über wichtige Fragen der Wohnungs-, Grundstücks-, Verkehrs- und Verkehrspolitik, in der Gemeinde wird über soziale Fürsorge, Armenwesen, über Schule und Erziehung entschieden. Heute besonders, wo das Gespenst der Arbeitslosigkeit seine Schwingen über das Land ausgebreitet hat, werden die Gemeinden die Basis, auf welche sich auch eine zweckmäßige, soziale und wirtschaftliche Politik des Staates stützen kann, welche

die Beschaffung von Arbeit und Arbeitsgelegenheiten zum Ziele hat.

Ihren Aufgaben kann die Gemeindevorwaltung nur gerecht werden, wenn sie von genügendem sozialen Verständnis geleitet wird und sich bemüht, ihre Berufung zu erfüllen. Auf Schritt und Tritt steht der Bürger den Ergebnissen der Gemeindepolitik gegenüber. Jede Gemeinde ist Arbeitgeber und große Gemeinden beschäftigen heute hunderte und tausende Angestellte. Die Entwicklung der Dinge ruft geradezu nach Erweiterung der öffentlichen Unternehmungen, welche das private Unternehmertum ersetzen und wirklich öffentlichen Interessen dienen sollen. Leicht können wir nachprüfen, welche Bedeutung die gemeinnützigen Anstalten besitzen, wir können vergleichen, was auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge selbstbewusste Wohnungspolitik der Gemeinden geschaffen hat.

Die Gewerkschaften können daher nicht abseits stehen, wenn darüber entschieden wird, wer die Gemeinden zu führen und in ihnen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Masse des Volkes zu vertreten hat. Bei den

Wahlen in diesem Jahre geht es auch darum, den Willen zur Wiedererweckung der Gemeindevirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben werden vielfach unmöglich gemacht durch das ungeliebte Gesetz, welches die Quellen der Gemeindecinnünfte beschränkt. Dieses Gesetz untergräbt auch eine durchdringende produktive Arbeitslosgesamtheit, welche heute eine ungewöhnliche Bedeutung hat. Aus diesen Gründen müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten gut überlegen, für welche Kandidatenliste sie ihre Stimme abgeben sollen. Jede Kandidatenliste ist der Ausdruck der Bemühungen, welche die einzelnen politischen Parteien, die sich bei den Wahlen um das Vertrauen bewerben, geltend machen.

Die Mitglieder der Gewerkschaften können sich nur für die Kandidaten solcher Parteien entscheiden, welche dafür bürgen, daß die Gemeindeverwaltung in fortschrittlichem Geiste geführt und den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung dienen wird.

Die gemeinsame Landeszentrale, welche die verschiedenen politischen Anschauungen der Gewerkschaftsmitglieder respektiert, hält es für notwendig, sie auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Gemeindevahlen aufmerksam zu machen und ihnen bei den Wahlen die Kandidaten zu empfehlen, die die Einheit der Gewerkschaften nicht zerplündern, ihre Kraft nicht untergraben und die Interessen der angeschlossenen Verbände und ihrer Mitglieder nicht schädigen. Wir empfehlen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, welche sich zur Gewerkschaftsbewegung, die in der gemeinsamen Landeszentrale vereinigt ist, loyal verhält, während andere politische Parteien ihre Einheit dadurch untergraben, daß sie eigene Gewerkschaftsorganisationen gründen oder direkt gegen die Forderungen der Gewerkschaften auftreten.

Auf den Kandidatenlisten der sozialdemokratischen Partei stehen Personen, welche die Bedürfnisse der Gewerkschaftsbewegung auf das genaueste kennen und in ihr mitarbeiten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Männer und Frauen der Arbeit! Mitglieder der Gewerkschaften! Erwäget gut, wenn ihr eure Stimme gebet, achtet darauf, daß durch das Ergebnis der Wahlen die Interessen der Gewerkschaften und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen gestützt werden.

Schwerindustrielle Anerkennung für die kommunistische Spaltungsarbeit.

Berlin, 15. September. (Eigenbericht.) Die vorausgehenden war, ist die große Berliner Versammlung der Sozialdemokratie, in der mit den Kommunisten diskursiert werden sollte, nicht zu Ende geführt worden. Nachdem der Kommunist Neumann gesprochen hatte, verübten seine Anhänger so großen Lärm, daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte, zumal auch die Kommunisten schon Prägeln begonnen hatten. Der Abmarsch vollzog sich verhältnismäßig ruhig.

Aus dem Verlauf der Versammlung kommt man die Lehre ziehen, daß eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten mit geistigen Mitteln nicht möglich ist.

Die größte Freude über diesen Ausgang der

Beranstaltung hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt der Schwerindustrie. Es schreibt wörtlich:

„Es ist an sich vom Standpunkt der bürgerlichen Politik aus gesehen natürlich nur erfreulich, wenn sich die beiden roten Brüder kräftig in die Haare geraten, und in der Tat hat diese Selbstzerfleischung innerhalb des Sozialismus dem Bürtum seit 1918 bereits wesentliche Dienste geleistet.“

Offener kann die Freude der bankrotteten Wirtschaftsführer darüber, daß ihnen die kommunistische Spaltungsarbeit so großen Nutzen leistet, nicht mehr geäußert werden!

Abbruch der englischen Flottenmanöver.

Soldatzen ruft Erregung unter der Mannschaf hervor.

London, 15. September. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Nach Meldung des Kommandanten der „Mantis“-Flotte hat die Befehlshaber der Soldatzen für die Marine bei einem Teil der Befehlungen Erregung ausgelöst. Infolgedessen hat man es für wünschenswert gehalten, die Durchführung des Manöverprogramms einzustellen, und die Schiffe wieder in die Heimathäfen zurückzuführen. In der Zwischenzeit sollen die Befehlungen über die durch die neue Soldatregelung hervorgerufenen Härten geprüft und der Admiralität zu weiterer Beschlußfassung zugeleitet werden.

Gandhi am Verhandlungstisch.

London, 15. September. (Reuter.) Die heutige Sitzung des Ausschusses für den indischen Nationalkongress war infolgedessen bemerkenswert, als auf ihr Gandhi zum erstenmal das Wort ergriff. Er erklärte, er sei nach London gekommen, um im Geiste des friedlichen Zusammenwirkens alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Voraussetzungen für eine Vereinbarung gefunden werden. Er wüschte nicht, die Behörden in Schwierigkeiten zu bringen oder eine Obstruktion gegen sie zu entfesseln. Allerdings werde er sich ohne Zögern zu radikalen Maßnahmen, wenn er zu der Auffassung kommen sollte, daß es nicht möglich sei, nutzbringend zu arbeiten.

Nachdem Gandhi betont hatte, daß er lediglich im Auftrage des indischen Nationalkongresses handle, las er das ihn bindende schriftliche Mandat des Kongresses vor, in dem es u. a.

beißt, der Kongress wüschte, es möge das Ziel der vollständigen Unabhängigkeit Indiens nicht aus dem Auge gelassen werden. Die Delegation des Kongresses sei verpflichtet, alle ihre Arbeiten auf die Erreichung dieses Zieles einzustellen. Im einzelnen bedeutet dies, daß der indischen Nation das Recht eingeräumt werden müsse, das Meer, die Finanzen, die Steuerpolitik und die auswärtigen Angelegenheiten unter ihre Kontrolle zu bringen. Allerdings ermächtigt das Mandat die Kongressdelegation, auch solche Verhandlungen zu treffen, von denen sie annimmt, sie seien im Interesse Indiens gelegen.

Den Bod zum Gärtner.

Die französische Presse ruft nach Seipel.

Paris, 15. September. (E.P.S.) In den Kommentaren über den Putsch der österreichischen Heimwehren sind die französischen Wälder darin einig, daß die heutige Regierung Burosch-Schöber nicht stark genug sei, um die Lage zu beherrschen. „Ein Land, das sich in einer vollkommenen Wirtschaft- und Finanzkrise befindet, sollte andere Sorgen haben, als die, einen kleinen Krieg zu führen.“ schreibt „Journal“ und fügt hinzu: „Wenn Österreich die notwendige Finanzhilfe erhalten will, muß es sich einer strengen Disziplin unterziehen, die für nur eine starke Regierung auferlegen kann.“ „Journal“ sowie die französischen konservativen Wälder würden eine Rückkehr Seipels begrüßen.

70 Kilo Sprengstoff gestohlen.

Sofete (Bessalen), 15. September. Aus dem von den beiden Zementwerken „Fortuna“ und „Bessalen“ gemeinsam benutzten Pulverhaus wurden gestern nachts durch Einbruch 70 Kilogramm Sprengstoff und mehr als 400 Sprengkapseln gestohlen. Von den Tätern fehlt zur Stunde jede Spur.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck eines Romans aus der Feder der ausgezeichneten, unsern Lesern aus vielen kleineren Beiträgen bekannten, proletarischen Schriftstellerin, Hermynia zur Mühlen.

„Der Traumlenker“

Ist ein feiner sozial-psychologischer Roman, der uns mitten hinein führt in das pulsierende Leben unserer Zeit und in die sozialen und seelischen Probleme, die die Massen und die den Einzelnen bewegen. Der „Traumlenker“ ist kein Tendenzroman im üblichen politischen Sinne, aber wohl eine Auseinandersetzung mit brennenden gesellschaftlichen Fragen und also dennoch im höheren Sinne politisch. Frei und ohne Hemmungen greift die Verfasserin das Brennende und das Feinliche an und leuchtet insbesondere tief in das Sexualleben der Menschen. Kraftvoll, hartes und ungemein hartes sind hier zu einem poetischen und dennoch auf jeder Seite im besten Sinne spannenden Roman komponiert und wir dürfen wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Geschichte des „Traumlenkers“, jenes Mannes, der seine Kunst der Traumlenker zur Macht über Menschenleben entwickelte, bei Männern wie bei Frauen Interesse und bleibenden Eindruck hervorrufen wird.

Spuren des Attentäters von Biatorbagg?

Zucht nach einem Kommunisten namens Leipniz.

Budapest, 15. September. „Uj Nemzedel“ zufolge richtet sich der Verdacht der Mitarbeit an dem Eisenbahnattentat bei Biatorbagg gegen einen der Budapester und auch der ausländischen Polizei wohlbestimmten kommunistischen Agenten. Sein Name ist Julius Leipniz. Er ist von Beruf Elektrotechniker. Die Graphologen sollen mit fast voller Bestimmtheit festgestellt haben, daß die Handschrift Leipnizs identisch ist mit der des von dem Attentäter an der Unglücksstelle hinterlassenen Briefes. Die Polizei hat in Erfahrung gebracht, daß Leipniz sich in der letzten Zeit in der Tschechoslowakei und besonders in Prag aufgehalten hat. Die Budapester Polizei hat die tschechoslowakischen Behörden ersucht, Leipniz, falls er aufgefunden werden sollte, zu verhaften.

Budapest, 15. September. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß die Handschrift auf dem am Tatort gefundenen Zettel identisch ist mit der auf einem Reizeettel eines bis 1930 in Budapest ansässig gewesenem Eisenbahnarbeiters, der erweisenmaßen im Dienste der Sowjetunion schon zahlreiche Reisen ins Ausland unternommen hatte. Weiters wurde gestern abends umher der Fundstelle der Reste der Höllenmaschine ein Briefumschlag gefunden, auf dem verweilte stenographische Aufzeichnungen zu sehen waren. Man glaubt, daß es sich um eine diffizierte Schrift handelt.

Einwandfreie Zeugen gaben bei der Gendarmerie in Biatorbagg an, daß sich vom 7. bis 10. September zwei deutsche „Bettelstudenten“ in der Gemeinde aufhielten, dort in einzelnen Häusern Spenden sammelten und sich bei der Post wiederholt nach postlagernden Briefen aus Deutschland erkundigten. Seit dem 12. d. M. sind sie verschwunden. Die Gendarmerie hat gestern vier Leute, und zwar zwei Maurer, einen Elektromonteur und einen Maschinenloser nach Budapest gebracht, die sich an der Unfallstelle in auffälliger Weise zu schaffen gemacht hatten. Diese Leute konnten für den Zeitpunkt des Attentats kein Alibi nachweisen. Alle vier Personen wurden in Gewahrsam genommen.

22 Tote und 15 Verwundete.

Die Paket- und Briefpost unterbrochen.

Budapest, 15. September. (M.Z.) Im Laufe der Aufräumungsarbeiten in Biatorbagg wurde die bisher vergeblich gesuchte Leiche des Schlafwagenführers Josef Ivancics aufgefunden. Der glücklich zerschmetterte Körper des Unglücklichen war tief in die Erde gedrückt. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer auf 22 erhöht. Die Polizei hat auch die acht bisher nicht festgestellten Todesopfer der Katastrophe zu identifizieren vermocht. Im Spital werden fünfzehn Verwundete gepflegt. Der Zustand einzelner dieser Verletzten hat sich im Laufe des heutigen Tages gebessert.

Die Polizei stellte fest, daß die Gerüchte von einer Plünderung der Wertsachen von Passagieren des verunglückten Zuges unzutreffend sind. Einzelne Gepäckstücke und Wertsachen sind in die Tiefe gefallen und kommen jetzt im Laufe der noch immer im Gange befindlichen Aufräumungsarbeiten zum Vorschein.

Die Postpakettwagen des verunglückten Zuges sind unversehrt geblieben, so daß die Geld- und Paketsendungen keinen Schaden erlitten haben. Auch die Säcke mit den nach dem Auslande bestimmten Briefen konnten unversehrt geborgen werden, so daß kein einziger Brief verloren gegangen ist.

Tagesneuigkeiten

Keine Bahnstrafen.

Schweres Autobusunglück bei Tscheken.

Mährisch-Strau, 15. September. Heute nach 6 Uhr morgens stieß auf der Bezirksstraße in Schönau ein mit Arbeitern besetzter Autobus gegen einen aus Kuntzschitz nach Tscheken-Tscheken fahrenden Personenzug. Die Bezirksstraße wird an dieser Stelle von der Eisenbahnstrecke gekreuzt und am Bahnübergang ist kein Bahnstraken angebracht. Während des heutigen dichten Morgennebels sahen weder der Chauffeur des Omnibusses noch der Lokomotivführer des Personenzuges die drohende Gefahr voraus und so kam es zum Zusammenstoß. Die Lokomotive durchschlug den Autobus, der zerrümmert wurde, wobei die Bestandteile desselben nach allen Richtungen flogen. Im Autobus selbst sahen drei Bergleute, die von der Nachtschicht heimkehrten und der Chauffeur, während die übrigen Passagiere bereits früher dem Autobus entstiegen waren. Der Bergmann Anton Maceček wurde von der Lokomotive direkt zerquetscht und Teile seines Körpers wurden über die Straße gestreut. Die zwei übrigen Bergleute sowie der Chauffeur wurden schwer verwundet und nach der ersten Hilfeleistung mit einem Kraftwagen des Roten Kreuzes in das Allgemeine Krankenhaus nach Mährisch-Strau transportiert. Es handelt sich vorwiegend um komplizierte Brüche und innere Verletzungen.

New York wartet vergeblich auf deutsche Ozeanflieger.

New York, 15. September. Die Befragung über das Schicksal der deutschen Transozeanflieger, Johannsen und Rody, die Sonntag von Lissabon gestartet und bereits bei Cap Race gesichtet worden waren, wächst hier von Stunde zu Stunde. Bis kurz vor 16 Uhr ist noch immer keine Meldung über ihren Verbleib eingetroffen. Die Associated Press meldet aus Halifax, daß bei allen in Frage kommenden Landungsplätzen Neuschottlands und Neufundlands Nachforschungen nach dem Rody-Flugzeug angestellt worden sind, jedoch ohne jeglichen Erfolg. Die Sichtverhältnisse sind auch weiterhin überaus ungünstig, da über der Küste von Neuschottland eine sehr hohe und dichte Wolkenschicht lagert.

Anfall des Genossen Brodecky. Gestern vormittag wollte der Abgeordnete der tschechischen sozialdemokratischen Partei Vilém Brodecky die Straße des Weißen Bergs in Pkw (bei Prag) knapp vor dem Motorwagen eines Straßenbahnwagens überqueren. Hinter der Straßenbahn fuhr aber ein Auto. Brodecky sprang zurück, um dem Auto auszuweichen, und geriet dabei vor die Räder der Straßenbahn. Er erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und eine Rippenverletzung am Kopf. Er wurde auf die Wachtstube geführt, wo er nach der ersten Hilfeleistung durch den Polizeiarzt in seine Wohnung geschafft wurde.

Autobus und Radfahrer. Gestern morgens fuhr ein Autobus mit 15 Insassen auf der Abzweigung Landstraße in der Richtung gegen Prag. Als ein Radfahrer unweit von Klein-Ruhelbad dem Autobus vorfahren wollte, fiel er knapp vor dem Autobus zu Boden. Der Chauffeur rief den Wagen herum, da aber in derselben Sekunde ein Lastauto von der rechten Seite herantam, mußte er den Autobus noch einmal umdrehen, wobei der Autobus umstürzte. Sieben Insassen wurden leicht verletzt.

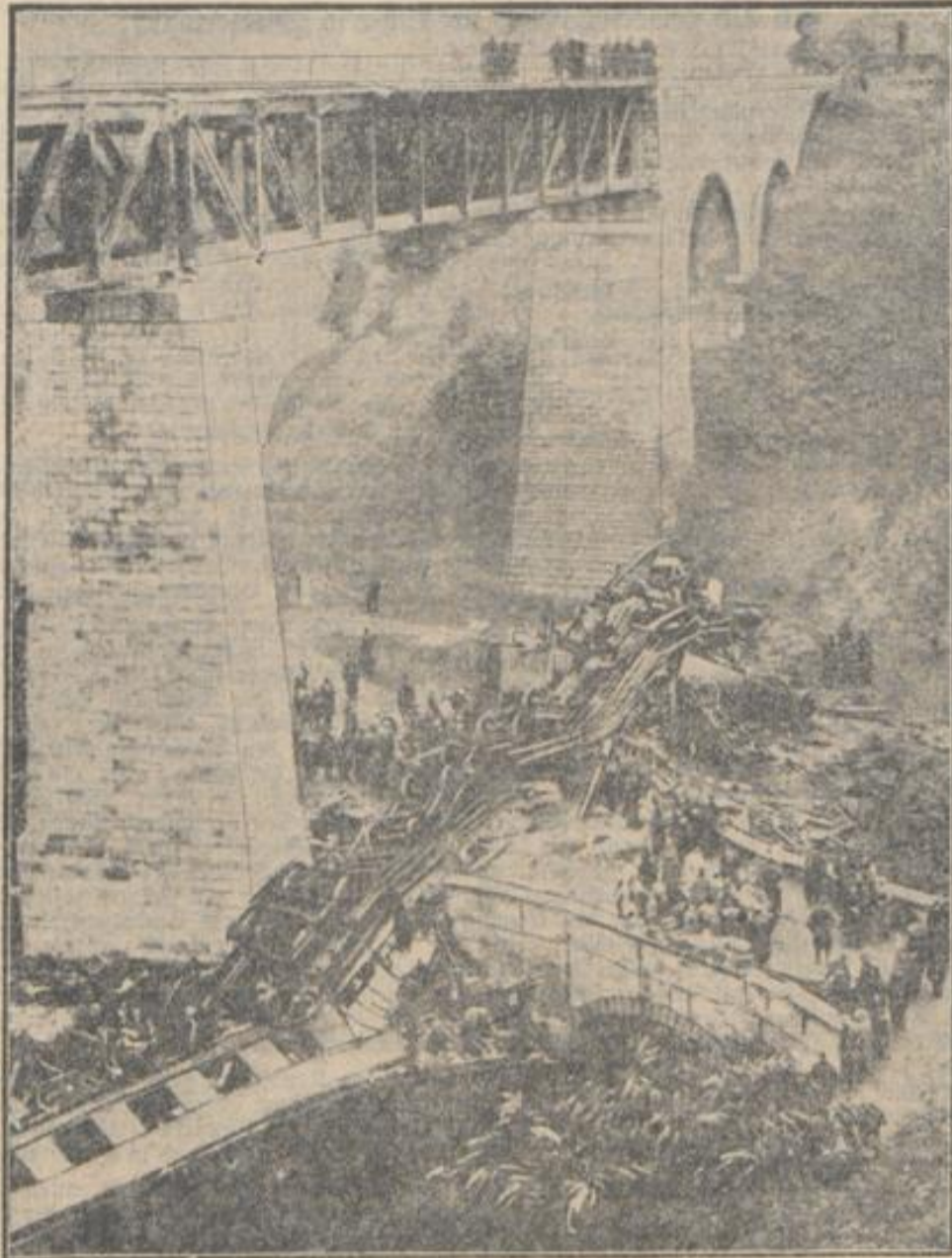
Bergarbeiterlos. Wie uns aus Karlsbad berichtet wird, verschüttete in der Lehmgrube der Firma Komp in Münchhof bei Karlsbad eine niedrige Lehmwand den 30jährigen Arbeiter Josef Herbst aus Pöschetbau. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und konnte nur mehr als Leiche geborgen werden. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei kleinen Kindern. — Auf dem Bett-Schacht in Burgmes gilt der Maschinist Wenzel Wigel an seiner Arbeitsstelle aus und griff, nach Holt suchend, mit beiden Händen in die im Betrieb befindliche Drahtseilanlage, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er ins Krankenhaus überführt und operiert werden mußte.

Zeit der Höllemaschinen. Ein in seinen Hintergründen noch nicht aufgeklärtes Attentat wurde, wie uns aus Friedland gemeldet wird, auf den Fabrikbeamten Franz Jünke in Reustadt verübt. Als Jünke um die erste Nachmittagsstunde heimkehrte und die Gartentür hinter sich schloß, explodierte eine neben der Gartentür liegende Heckbüchse, und um den Erdbrotlofen schwirrte ein Vogel von Nägeln und Erdstücken. Es zeigte sich, daß unbekannte Täter aus der Heckbüchse eine Höllemaschine fabriziert und sie mit Nägeln gefüllt hatten.

Bei einer Feuerbrunst umgekommen. Wie uns aus Trautenau gemeldet wird, brach im Wirtschaftsgelände des Landwirts Steiner in Rauschendorf in früher Morgenstunden ein Brand aus, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel. Der Brand griff so rasch um sich, daß die Tochter des Landwirts das Haus nicht mehr rechtzeitig verlassen konnte und so ein Opfer der Flammen wurde.

Abwehrmaßnahmen gegen Jugattentat. Das „Berliner Tagesblatt“ meldet aus Amsterdam: Die zuständigen Stellen fast sämtlicher europäischen Staaten haben beschlossen, auf einer hauptsächlich in Amsterdam stattfindenden Konferenz über die zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen gegen die Jugattentate zu beraten. An dieser Konferenz werden Vertreter der Eisen-

Das Bombenattentat gegen den Budapest-Wien-Expreß.



Die zerrümmerten Waggons in der Tiefe.

Kriminal oder Höllestrafe? - Päpstliche Enzyklika oder § 144?

Eine gerichtliche Moralgroteske.

Prag, 15. September. Der Schandparagraph 144, der mörderische Abtreibungsparagraph, arbeitet in schöner Gleichmäßigkeit weiter. Heute waren zwei Fälle zu verhandeln. In dem einen wurden über drei angeklagte Frauen Kerkerstrafen von 3-5 Monaten verhängt. Dieser Fall gehörte zum Mittagsstypus: Ein Mädel findet nach vereitem Selbstmordversuch eine wohlmeinende aber ungeschickte Helferin. Schwere Verletzung, fürchterliche Schmerzen — Spital — Operation — Strafanzeige — Urteil — kurz, der übliche Ablauf. Der zweite Fall aber verdient, als sozialer und kultureller Zeitbild festgehalten zu werden. Keine ledige Mutter, nein, eine Ehefrau, die schon sechs Kinder geboren hat und die siebende Schwangerschaft deshalb unterbricht — nein unterbrechen muß — weil buchstäblich das Brot für so viele hungrige Mäuler nicht reicht. Sie erhält außer ihren sechs, noch die zwei Kinder ihrer Tochter und eine uralte, gelähmte Mutter! Sie ist Landarbeiterin und verdient bei zwölfstündigem Schichten für den Herrn Brotgeber, sage und schreibe — 105 K (eine Krone, fünf Heller) pro Stunde. Sie erkrankte nach dem Eingriff, Schmerzen Spital — (s. u. siehe oben!) Sie ist voll gesundigt.

Der Verteidiger plädierte diesmal nicht auf mildernde Umstände wie üblich, sondern auf Freispruch unter Berufung auf § 2 des Strafgesetzes, nämlich „unwiderstehlichen Zwang“. Er berief sich zur Begründung auf ein Erkenntnis des altösterreichischen Obersten Gerichts- und Kassationshofes, das unter „unwiderstehlichen Zwang“ auch materielle Notlage einbegreift, sofern sie solche Ausnahme-

annimmt, daß sie die Tragfähigkeit, die einem Durchschnittsmenschen normalerweise zugemutet werden kann übersteigt.“ Das Gericht war anderer Meinung und decretierte sie bedingt zu drei Monaten Kerker. (Der normale Satz würde sich in diesem Fall zwischen 1-5 Jahren bewegen). Aber auch ein so schneidiger Richter, wie OGR. Kapillich die gewohnte Festigkeit der Stimme vermissen, als er das Urteil verkündete und ausdrücklich auf die außerordentliche Milderung verwies, insbesondere auch darauf, daß das Urteil von der sonst obligaten Aberkennung des Wahlrechtes abgesehen habe. Der „Tatbestand“ war eben erfüllt.

Run erwäge man: diese schlecht unterrichtete Arbeiterin, dieses Elendgeschöpf, aus dem agrarischen Paradies, ist wohl eine gläubige Katholikin. Man wird einwenden: sie hätte eben der Empfängnis vorbeugen sollen, nicht erst der Geburt. Gewiß! — aber das fällt uns eben jene wunderbare päpstliche Enzyklika von der „Menschlichen Ehe“ ein, in der Gebrauch von Verhütungsmitteln in der Ehe als „Todsünde“ festgestellt wird.

Das künftige Kind zu erhalten, ist, dank unserer herrlichen Gesellschaftsordnung diesen Allerärmsten nicht möglich, die Empfängnisverhütung nach Meinung der „heiligen“ Kirche eine Todsünde. Schwangerschaftsunterbrechung ein Verbrechen nach dem Strafgesetz. Hier verlegt, die sonst so gute Regie, hier kappt etwas nicht im Zusammenspiel der verbündeten reaktionären Mächte. Die ganze Stupidität der reaktionären Ideologie (welcher Farbe immer) wird offenbar.

bahndirektionen, der Verkehrsministerien und der Polizeibehörden teilnehmen. Inzwischen sollen jedoch alle polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen unverzüglich durchgeführt werden. In den Niederlanden sind Spezialbeamte mit besonderen Vollmachten bereits damit beauftragt, den strikten Sicherheitsdienst weiter auszuweiten und zu verstärken.

Eine fürchterliche Missetat ist in der letzten Nacht in dem kleinen landwirtschaftlichen Ort Bruenen (Rheinprovinz) begangen worden. In einem Waldchen fand man dort das Fahrrad des Schmiedemeisters Vebeling. Als der Besitzer benachrichtigt werden sollte, machte man die schauerliche Entdeckung, daß Frau Vebeling sowie seine beiden Söhne im Alter von 18 und 15 Jahren mit durchschnittenen Kehle in ihren Betten lagen. Die Mutter und einer der beiden Söhne wiesen außerdem noch Spuren eines Erdbrotselektroversuches und der zweite Sohn noch eine Schußwunde auf. In der Wohnung des Schmiedemeisters wurde auf dem Tisch ein Zettel gefunden, der die wenigen Worte enthielt: „Es ist drei Uhr, mein Mann ist noch nicht zurück!“ Die

Polizei ist eifrig bemüht, den Verbleib des Schmiedemeisters, der sich eines guten Rufes erfreute und mit seiner Familie in bestem Einvernehmen lebte, festzustellen. Vebeling hatte abends seine Wohnung verlassen, um einen Nachbarn zu besuchen. Von diesem Besuche ist er nicht wieder zurückgekehrt.

Soziale Revue. Die erste Nummer der deutschen Ausgabe der „Sozialen revue“, des Amtsblattes des Ministeriums für soziale Fürsorge und zugleich Publikationsorganes des Sozialinstituts der Tschechoslowakischen Republik, wird anfangs Oktober unter dem Titel „Soziale Revue“ erscheinen. Da die Gewährung eines dauernden Erscheinens der „Sozialen revue“ in deutscher Sprache von der hinreichenden Zahl von Abonnenten abhängt, erludt die Redaktion der „Sozialen revue“ die deutsche Öffentlichkeit, die Herausgabe der deutschen Ausgabe dieser Zeitschrift durch zahlreiche Bezug dieser wertvollen sozialpolitischen Revue zu ermöglichen.

Neue Südpolexpedition? Der amerikanische Admiral Byrd kündigt eine neue, etwa einjährige

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.

Prag: 11.30: Schallplatten; 17.00: Schallplatten; 18.25: Deutsche Sendung; Kenger: Die landwirtschaftliche Volkshochschule im Dienste der Volksbildung der tschechischen Jugend; 19.05: Ruf der Nationalgarde; 20.30: Klavierkonzert; 21.00: Streichorchester. — **Brünn:** 17.45: Schallplatten; 18.25: Deutsche Sendung; Presse, Schallplatten. — **Berlin:** 16.30: Höttemusik; 18.30: Volkstümliches Orchesterkonzert. — **Königsberg:** 18.50: Ruf für Bioline; 20.00: Beethoven. — **Leipzig:** 17.00: Mandolinenkonzert; 19.30: Langtrüben; 20.30: Chor-Konzert. — **Wien:** 21.00: Oesterreichische Komponisten.

Jahre dauernde Südpolexpedition an. Die notwendigen Vorbereitungen sind bereits eingeleitet.

Ein Wiener Gerichtsurteil nach tschechoslowakischem Recht. Ein 16 Jahre alter Junge, dessen Schicksal bisher sehr traurig ist — sein Vater fiel in Rußland, seine Mutter kennt er überhaupt nicht — wurde in Wien wegen eines in Steierberg in der Tschechoslowakei verübten Fahrerddiebstahles und wegen eines Diebstahles im Burgenlande vom Wiener Jugendrichter zu zwei Monaten strengen Arrestes verurteilt, wobei der Wiener Jugendrichter das tschechoslowakische Recht anwandte, doch sich nur ganz unwesentlich von dem österreichischen Jugendrechte unterscheidet. Das Wiener Jugendgericht mußte nämlich über die auf tschechoslowakischem Boden verübten Verbrechen urteilen, weil dem Jungen der Grenzübertritt nach der Tschechoslowakei verweigert wurde und dies einer Abklärung des Auslieferungsantrages gleichkommt.

Polizeiskandal in Köln. Kriminalrat Guziel von der politischen Polizei in Köln wird beschuldigt, eine größere Summe von Bahndarstellungsgeldern, die ihm zur Verwaltung anvertraut waren, für private Zwecke verbraucht zu haben. Guziel wurde eine Untersuchung eingeleitet.

„Do X“ vom Blitz getroffen. Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in das Flugzeug „Do X“ im New Yorker Flughafen von Rockwood ein. Ein Mitglied der Besatzung, das mit anderen unter einer Tragfläche des Flugzeuges Schutz gesucht hatte, wurde zu Boden geschleudert und bewußtlos ins Spital gebracht. Zwei andere Personen wurden gleichfalls zu Boden geworfen, blieben aber unversehrt. Das Flugzeug „Do X“ selbst ist unbeschädigt geblieben.

Drama der Zeit. In Hamburg schied ein Geschäftsmann mit seiner Frau und seiner 10jährigen Tochter durch Gasvergiftung aus dem Leben. In einem Brief, den der Kaufmann an einen seiner Angestellten richtete, werden wirtschaftliche Sorgen als Motiv der Tat angegeben.

Der Mann, der von seiner Scheidung nichts wollte. Daß ein Mann von seiner Scheidung jahrelang nichts wollte, wurde kürzlich in einer Münchener Gerichtsverhandlung festgestellt. Der Betroffene hatte seiner „Frau“ die Geldbörse wegenommen und war deshalb von ihr, die tatsächlich schon längst von ihm geschieden war, wegen Diebstahls angeklagt worden. Seine Verteidigung, daß er die Frau noch immer als seine Ehefrau betrachtet habe, erwies sich als richtig. Denn auch die Frau hatte erst zwölf Jahre nach ihrer Scheidung von dieser erfahren, und dem Manne hatte sie nichts gefügt. Das kam so: Ihr Anwalt war während des Krieges gefallen und konnte ihr die im Jahre 1914 ausgesprochene Scheidung nicht mehr zustellen, so daß sie von dieser erst 1926 Nachricht erhielt, und der Mann erfuhr nichts, weil er damals fortgezogen und seine Adresse nicht mehr zu ermitteln war. Die beiden wohnten dann zwar wieder zusammen, die Ehefrau schlief in der Wohnung, der Mann oben in einer Dachkammer, aber die Frau, die offenbar sehr schweigsam ist, sprach niemals von der Scheidung. Der Mann wurde freigesprochen.

Chinesisches Räubertum. Aus Chongpai wird gemeldet: Eine große Schar von Räubern unternahm am Freitag einen Überfall auf die Stadt Suining in Nord-Kiangsu. Nach völliger Ausplünderung der Einwohner griffen sie die Schule an, nahmen ungefähr 100 Schulkinder und ihre Lehrer gefangen und entführten sie in die Berge, wo sie sie gefangenhalten, um Lösegeld zu erpressen.

Auffindung wertvoller Münzen. Im Palazzo Savi in Borgo San Lorenzo bei Florenz, der bis vor kurzem die dortige Präsektur beherbergte, werden zur Zeit Restaurierungsarbeiten durchgeführt, die einen ganz eigenartigen Fund zeitigten. Beim Niederreißen einer Mauer, die ein Fenster bedeckte, fand ein Maurer einen fünfzigjährigen alten Lederbeutel, den er unbeachtet auf einen Steinhaufen warf. Dortselbst fanden ihn später spielende Kinder, die ihn auch öffneten. Er enthielt 80 wertvolle alte Goldmünzen aus dem 15. und 16. Jahrhundert, die zusammen 1 1/2 Kilogramm wogen. Der Fund wird von Sachverständigen geprüft, zumal einige der aufgefundenen Münzen sehr selten sein sollen.

Die Erbschaftsverträge auf der Insel Cuba haben sich am Montag, wenn auch in schwächerer Form, wiederholt. Trotzdem besaßen die Werdungen aus der Stadt Lima und den angrenzenden Ortschaften, daß die Mehrzahl der Häuser dem Einsturz nahe ist und die Behörden der im Freien kampierenden Bevölkerung die Rückkehr in ihre Wohnungen unterließen.

Schwere Sturmchäden in Alger. Die von Regengüssen begleiteten Stürme, die durch 48 Stunden über Alger wütheten, haben nicht nur großen Schaden an der Ernte, den Straßen und Eisenbahnstrecken verursacht, sondern auch eine Anzahl von Menschenleben gefordert. Im Departement Alger allein werden 30 Tote, durchwegs Eingeborene, gemeldet. Einige von Eingeborenen bewohnte Ortschaften wurden vollständig überflutet.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Weltwarenmärkte.

Herbstbelegung nicht eingetreten.

In der Regel bringt der Herbst eine größere Belegung an den Warenmärkten. Dieses Mal ist aber bis jetzt eine Besserung nicht eingetreten.

War sind die Zinnpreise gestiegen. Es handelt sich aber dabei — wieder einmal — um einen Versuch, den Markt künstlich zu beeinflussen. Die großen Vertriebsbeschränkungen, die man in der Zinnproduktion bisher, mehrere Male hintereinander, vorgenommen hat, konnten eine spürbare Wirkung auf den Markt nicht erzielen. Deshalb haben sich die führenden englischen Häuser jetzt entschlossen, große Teile der sichtbaren Bestände (man spricht von 25.000 Tonnen) bis auf weiteres einzusperrten. Dieser Arrest kann unter Umständen recht lange dauern; denn die ersten Freigaben aus diesen Beständen sollen erst dann erfolgen, wenn der Zinnpreis einen vollen Kalendermonat hindurch 150 Pfund Sterling betragen hat. Jetzt liegt aber der Preis auf 120 Pfund Sterling. Andererseits muß man bedenken, daß sich dieses Einsperrn und Durchschleppen großer Vorräte nur mit Hilfe von Bankkrediten durchführen läßt. Der Arrest bindet ungeheuer große Summen. Ob sich das überhaupt angesichts der gegenwärtigen Lage auf den Geldmärkten durchführen läßt, muß sich später zeigen.

Der Zinnmarkt hat sich ebenfalls vorübergehend wieder leicht belebt. Auch hier spielt eine Kartellfrage mit. Das europäische Kartell soll angeblich schon seit einigen Monaten fertiggestellt sein, das Protokoll haben die Teilnehmer aber jetzt erst unterschrieben. Diese Unterschrift verpflichtet sie, zunächst eine Produktionsdrosselung um 50 Prozent durchzuführen. Auch hier bestehen Zweifel, ob das geschieht. Ueber die Zukunft der ganzen Aktion entscheidet im übrigen die Tatsache, wie sich die Amerikaner, die dem Kartell ferngeblieben sind, verhalten. Das sind alles Fragen, auf die heute eine Antwort noch nicht möglich ist.

Waggon Produktentwürfe. (Offizieller Bericht vom 15. September.) Der heutige Getreidemarkt hatte in Roggengedre eine weiterhin feste Grundstimmung und das Geschäft führte zu einer Preisbesserung in Weizen um 1 K, in Roggen zu einer solchen um 2 K. Gut behauptet lag Gerste, die Preise blieben jedoch unverändert. Hafer notierte heute flauer und gab um 2 bis 3 K nach. Eine sichlichere Preisbewegung konnte man entsprechend der Roggennotierung bei Roggenmehl beobachten, welches sich um 1 K verteuerte. Auch der Weizenmarkt befand sich in fester Grundstimmung und familiäre Qualitäten stellten sich um 1 bis 2 K höher. Hinsichtlich des übrigen Marktgebietes wäre zu berichten, daß das Geschäft einen ruhigen Verlauf nahm und die Preise auf demselben Stande wie in der Vorwoche blieben. Etlche Preisrückstellungen zeigten sich bei Hülsenfrüchten, wo einzelne Sortierungen überwiegend nachgaben, während in Weizenmehl eine festere Tendenz festzustellen war. Eine Vertiefung machte sich am Eiermarkt geltend, wo die Notierungen durchschnittlich um 2 K anzogen. Die Börse hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen und das Geschäft war am Getreidemarkt recht lebhaft. — Es notierten in R. Rotweizen 65/66, 81—83 Rg. 137—141; 79—80 Rg. 132—136; Weizen gelb 65/66, 77—79 Rg. 136—131; 75—76 Rg. 123—125; Roggen 65/66, 69—72 Rg. 150—153; Auswahlgerste 126 bis

Auch beim Blei und beim Kupfer gab es an vereinzelten Tagen größere Lebhaftigkeit und festere Preise. Von Zinn war das aber nicht. Besonders hat die erneute Verschlechterung der Wertpapierbörsen arg verstimmt.

Der Baumwollmarkt, der unter der nordamerikanischen Refordernde leidet, hat das weite Ungefähr, daß auch in Ägypten die Ausichten der Baumwollenernte nicht schlecht sind. Andererseits hat sich die Nachfrage nicht gebessert. Soweit man von Stützungskaufen des nordamerikanischen Farmates spricht, wurden sie ebenso prompt demontiert. Eine derartige Entschlüsselung kann natürlich den Markt kaum beeinflussen. Die Lage am Wollmarkt ist ebenfalls unklar.

Verhältnismäßig am wenigsten geändert haben sich die Kaffeepreise. Die Hand Brasiliens ist am Markt deutlich zu spüren, obwohl das Land die Zahlungen für seine Auslandskaffeeanleihen eingestellt hat. Eine klare Entwicklung ist aber auch hier nicht möglich. Bisher sind ungefähr 750.000 Sack minderwertigen Kaffees vernichtet worden. An sich ist das eine ganze Menge, aber im Verhältnis zu den vorhandenen Vorräten in der Höhe von 45 bis 50 Millionen Sack beziglich wenig.

Der Gummiarkt liegt schwach, weil die ostasiatischen Anlieferungen noch immer weit über die Erwartungen hinausgehen. Dagegen verringern sich die Käufe der internationalen, besonders der amerikanischen Autoindustrie zusehends.

Die Stimmung auf dem Zuckermarkt ist gedrückt. Hier wirken die schlechten politischen Nachrichten aus Cuba und die schlechten wirtschaftlichen Nachrichten aus Java äußerst ungünstig. Man neigt zu der Annahme, daß angesichts der Entwicklung in beiden Ländern die Drosselungen im Zuckereport nicht durchzuführen sind.

141; Gerste Ia 127—133; mittlere 121—124; Hafer böhm. 115—117; feinstes 103—109; Donaumais 60—61; Rumän. Futtermais kleinfr. neu 58—59; Futtermais La Plata 58—59; Erbsen Victoria neu 180—210; gelb 150—165; grün großfr. 190—210; grün kleinfr. 155—165; Binsen großfr. mähr. 375—425; mittlere 250—300; kleinfr. 200—230; Bohnen 160—200; Rohn blau neu 410—450; Silbergrau 460—500; Dausboer 525—575; Kammeln böhm. 410—435; holländ. 410—420; Weißer neu 900 bis 1700; Schwedenske 600—800; Rosenklee neu 325 bis 400; Kartoffeln gefüllte 24—26; weißfleischig 19—21; neu böhm. ungepreßt sauer 55—57; ungepreßt süß 62—64; gepreßt sauer 57—59; gepreßt süß 64—66; Roggenstroh in Bündeln ungepreßt 44—46; Gersten- und Haferstroh gepreßt 43—45; ungepreßt 42—44; andere Getreidarten gepreßt 38 bis 40; ungepreßt 37—39; Weizenroggen 248—253; Weizenmehl OHH 230—235; 6 210—215; Nr. 1 180—185; Nr. 4 150—155; Nr. 8 105—108; Roggenmehl Nr. 0/1 225—230; 6/5prozent. 215—230; Nr. 2 128—133; Nr. 4 105—107; Graupen Nr. 10-6 200—245; Bruchgruppen 200—205; Hirse 245—255; Reis Burma 2 180—185; Moumain 245—250; Bruchreis 160—170; Weizenkleie 74—75; Roggenkleie 75—76; Amerikanisches Fett 960—970; Eierfleisch böhm. und mähr. 41—43; Hamael. 39—42; polnische 38—41.

Ueber Diphtherie und Diphtherieschutzimpfung.

Von Dr. Schröter, Kinderarzt, Aulst.

Unter den jetzt bestehenden Infektionskrankheiten ist bei uns die Diphtherie am häufigsten und gefährlichsten. Als Erreger dieser Erkrankung kommt der sogenannte Diphtheriebazillus in Betracht. Als Infektionsquelle dient in erster Linie der Diphtheriefranke, insbesondere der Nasienträger. Gerade die Nasienträger sind oft die gefährlichsten, da sie selbst ohne irgendwelche Krankheitserscheinungen häufig im Hachen oder in der Nase Diphtheriebazillen verbreiten und so eine große Gefahr für ihre Umwelt bilden (Schale).

Die Diphtherie ist eine echte Kinderkrankheit, indem sie meistens Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren befallt. Die Sterblichkeit beträgt in normalen Zeiten durchschnittlich 6 Prozent der Diphtherieerkrankten, und zwar erst seit Einführung des Diphtherieheilserrums, das von Professor Behring im Jahre 1894 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Vor dem Jahre 1894 betrug die Sterblichkeit oft 50 bis 60 Prozent der Erkrankten. Worin besteht nun die Wirkung des Heilserrums? Die Gefahr der Diphtherie besteht in erster Linie in der sogenannten giftigen Abfallprodukte der Diphtheriebazillen, den Toxinen. Gelangen die Toxine in den Körper, so weckt sich der menschliche Körper durch Bildung von Gegenstoffen, den sogenannten Antitoxinen. Wenn nun die Antitoxine die Toxine unschädlich machen, so kommt es zur Ausheilung. Um nun im vorliegenden den Körper in seinem Kampfe gegen die Diphtherie zu unterstützen, führt man größere Mengen Antitoxine eben in Form des Heilserrums dem erkrankten Organismus zu. Die Wirkung ist oft eine ganz verblüffende, indem nach 24 bis 36 Stunden die Diphtherie in ihren Erscheinungen ganz wesentlich zurückgeht. In erster Linie kommt es auf eine rechtzeitige Anwendung des Heilserrums an, und zwar innerhalb der ersten 24 Stunden der Erkrankung, da sie sonst

nachteilig ist, nachdem das Diphtheriegift sich oft in den ersten 24 Stunden an die lebenswichtigen Organe des Körpers, insbesondere an das Herz, verankert und in dieser kurzen Zeit bereits Schädigungen herbeiführt, die dann nicht mehr behoben werden können und denen das erkrankte Kind zum Opfer fällt. Der Beginn der Diphtherie ist meistens mit Niesen, Erbrechen, Kopfschmerzen verbunden, dann kommt es zur Bildung des sogenannten Diphtheriebelages im Rachen, im Gaumen, in der Nase oder im Kehlkopf. Was den Verlauf anbelangt, so gibt es leichte, mittlere, schwere und ganz schwere Fälle. Die leichteren Diphtherieerkrankungen werden oft übersehen, was infolgedessen eine Gefahr bedeutet, als dadurch gesunde Kinder gefährdet werden. Bei den schwereren Fällen tritt oft der Tod innerhalb 24 bis 48 Stunden ein. Besonders in den letzten drei Jahren sah man in ganz Europa das Auftreten dieser schweren, in so kurzer Zeit zum Tode führenden Diphtheriefälle. So berichteten einige Krankenhäuser in Berlin über eine Sterblichkeit von 30 bis 33 Prozent der Diphtherieerkrankten. So hatte beispielsweise Prag und auch Wien im Jahre 1929 eine Sterblichkeit von ungefähr 20 Prozent. Während wir im kaiserlichen Bezirk in den Jahren 1928 und 1929 ungefähr 100 Erkrankungen pro Jahr hatten, stieg im Jahre 1930 die Zahl der Erkrankten auf über 500 mit 25 Todesfällen. Auch im ersten Halbjahre 1931 liegen die Verhältnisse so ähnlich wie im Jahre 1930. Andererseits ist erwiesen, daß die Sterblichkeit im Provinzialverleil demal größer ist als unter der unmittelbaren Beobachtung was infolgedessen ersichtlich erscheint, als im ersten Falle beide Eltern oft der Arbeit nachgehen müssen und im Falle einer Diphtherieerkrankung bei ihrem Kinde diese erst später gesehen oder erkannt wird. Und gerade auf die ersten 24 Stunden kommt es ja an.

Genossen! Ihr müßt nun ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen, Genossinnen, agitiert!

Die Mächtigkeit der Heilserumbehandlung bei den so schweren und in kürzester Zeit zum Tode führenden Diphtherieerkrankungen ließ schon feinerzeit den Gedanken aufkommen, es nicht erst auf eine Erkrankung ankommen zu lassen, sondern alle Kinder gegen die Diphtherie zu schützen, doch sie überhaupt nicht an Diphtherie erkrankte. Und dies soll nun durch die sogenannte aktive Diphtherieschutzimpfung erreicht werden. Auf welchem Erkenntnis beruht nun diese Diphtherieschutzimpfung? Ich habe bereits vorher erwähnt, daß wenn man einem Menschen eine bestimmte Menge eines Toxins zuführt, es im Körper dieses Individuums zur Bildung von Antitoxinen kommt. Um sich zu schützen, genügen schon kleinste Mengen von Toxin, um größte Mengen Antitoxin zu erzeugen. Und dies ist nun auch bei der Diphtherie der Fall! Ist nun im Blute eines Kindes eine bestimmte Menge von Antitoxinen erreicht, so kommt es bei dem betreffenden Kinde zu keiner Erkrankung, da die im Körper vorhandenen Antitoxine hindern, um mit der Infektion sofort im Anfange fertig zu werden. Das Kind ist also gegen die Diphtherieerkrankung geschützt und es kommt zu keinem Ausbruche der Erkrankung. Und dies versucht man durch die aktive Schutzimpfung bei der Diphtherie zu erreichen, indem man kleinste Mengen vollkommen entgiftetes und angefallenes Diphtherietoxin dem Körper zuführt und ihn so erst zur Antitoxinbildung reizt.

Welche Erfahrungen haben wir nun bisher mit der Schutzimpfung gemacht? Das erste Land, das in größerem Umfange die Diphtherieschutzimpfung durchführte, war Amerika, wo seit dem Jahre 1922 Hunderttausende von Kindern gegen die Diphtherie geimpft wurden. Die Berichte sprechen von großen Erfolgen, indem viermal weniger Diphtherieerkrankungen unter den geimpften Kindern vorkamen als unter den nicht geimpften. Es wurde festgestellt, daß die Impfungen gut vertragen wurden, ebenfalls wurden keine wie immer gearteten Schädigungen gesehen. Die Todesfälle, wie sie ganz vereinzelt vorkommen, sind auf Unvorsichtigkeit bzw. Diphtherieschutzimpfung zurückzuführen, die nicht vollkommen vermindert werden, da die Erzeugung des Impfstoffes bei uns und auch anderswo unter hantlicher Kontrolle erfolgt. Seit dem Jahre 1926 wird die Diphtherieschutzimpfung auch in größerem Umfange in Europa durchgeführt, so beispielsweise in England, Holland und Rußland, ebenso in Deutschland. So wurden von Professor Seltmann in Berlin 100.000 Kinder gegen Diphtherie geimpft und es wurde ebenfalls festgestellt, daß die Diphtherieerkrankungen unter den geimpften Kindern fünfmal kleiner waren, als unter den nicht geimpften.

Welche Impfmethode haben wir nun zur Verfügung? In erster Linie kommt die Impfung durch Injektion des Impfstoffes in Betracht und zweitens die Diphtherieschutzimpfung nach Professor Löwenstein. Was die Diphtherieschutzimpfung anbelangt, so lautet die wissenschaftlichen Berichte dahin, daß die mit der Diphtherieschutzimpfung erzielte Wirkung doch nicht am die Resultate heranreicht, wie sie durch die Verabfolgung auf Injektionswegen mit gewissen Impfstoffen erreicht wurden, da es bei der Diphtherieschutzimpfung nur zu 70 bis 80 Prozent gelingt, einen Diphtherieschutz herbeizuführen, gegenüber anderen Methoden, wo bis 98 Prozent ein Schutz herbeigeführt wird. So in erster Linie durch Verabfolgung des Ramonischen Antitoxins.

Auch bei uns in Aulst wurde vom hiesigen Gesundheitsamt (Dr. Grunke) eine Diphtherieschutzimpfung an fast tausend Schulkindern durchgeführt und es wurden keine Schäden gesehen. Die geimpften Kinder haben die Impfungen gut überstanden nur bei größeren Kindern im Alter von acht bis zehn Jahren kam es an der Einstichstelle manchmal zur Rötung und Schwellung des Armes, eventuell mit leicht erhöhten Temperaturen, welche Erscheinungen nach 24 Stunden abklingen und vollkommen ungefährlich sind. Diese Erscheinungen sind in erster Linie auf gewisse Einzelkörper zurückzuführen, die dem Impfstoffe anhaften und haben mit der Impfung als solcher eigentlich nichts zu tun.

Was den Zeitpunkt der Durchführung der Diphtherieschutzimpfung anbelangt, so soll die Schutzimpfung im Frühjahr oder Frühommer durchgeführt werden, damit die Kinder zum Herbst bereits geschützt sind, denn es dauert ja sechs Wochen nach der letzten Injektion, bis der Schutz eintritt und die größte Anzahl der Diphtherieerkrankungen ist in den Monaten Oktober bis Dezember. Bei der Impfung mit dem Ramonischen Antitoxin benötigt man gewöhnlich drei Injektionen.

Um eine Diphtherieepidemie zu bekämpfen, wäre es in erster Linie angezeigt, die Masse der Kinder zu erfassen, um die Epidemie wirksam zu unterdrücken. Es gibt ja immer einen gewissen Prozentsatz von Kindern, die nicht geschützt werden können, weil sie von Haus aus schlechte Antitoxinbildner sind. Ist aber einmal die Epidemie unterdrückt, dann laufen ja diese Kinder nicht erst in Gefahr, angesteckt zu werden. Man sieht es ja bei den Polen. Seit Einführung der Diphtherieimpfung ist bei uns die Blatternkrankung fast ausgerottet.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß nach dem wissenschaftlichen Stande der heutigen Diphtherieforschung wir gewisse Impfstoffe haben, die gefährlos und mit dem besten Erfolg verwendet werden können, um das Kind vor einer Diphtherieerkrankung zu schützen. Meiner Ansicht nach ist die Diphtherieschutzimpfung zu begrüßen, weil sie einen weiteren Schritt bildet in der Bekämpfung einer gerade jetzt ziemlich überragenden Erkrankung. Aus dem „Helfer“, Beiblatt zur AULST-Zeitung.

